

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Christa Reichwaldt (Linke), eingegangen am 28.05.2010

Unterrichtszeit = Werbezeit?

Das Projekt „Jugend denkt Zukunft“ ist laut Selbstdarstellung „eine Initiative der Wirtschaft, die deutschlandweit junge Menschen in den Innovationsdialog einbindet und so ein innovatives Klima schafft. Die Jugendlichen schlüpfen dabei in die Rolle des Beraters und entwickeln für ein Unternehmen in einem fünftägigen Innovationsspiel Produkte und Dienstleistungen für die Zukunft.“ Das Projekt ist an Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 9 gerichtet und auch offen für Auszubildende und Studierende. Für 6 000 Euro kann sich ein Unternehmen die Gastgeberrolle kaufen und sich den Schülerinnen und Schüler eine Woche lang „als Innovator (innovativer Arbeitgeber, innovativer Produktentwickler) präsentieren“ (Quelle: FAQ aus dem Internetauftritt von „Jugend denkt Zukunft“). Weiter heißt es: „Die beteiligten Unternehmen präsentieren sich als innovative Akteure und attraktive Arbeitgeber ihrer Region. (...) Teilnehmende Unternehmen stellen sich als ‚corporate citizens‘ vor und betonen die Notwendigkeit gesellschaftlichen Engagements. Die Zusammenarbeit mit Schülerinnen und Schülern ermöglicht Unternehmen, die Bedürfnisse der Zielgruppe von morgen in Erfahrung zu bringen und rechtzeitig auf Trends reagieren zu können.“ „Jugend denkt Zukunft“ ist damit weit entfernt von dem Bildungsauftrag der Schulen, sondern dient vielmehr als Werbemaßnahme und Marktforschung für Unternehmen. Dennoch findet dieses sogenannte Innovationsspiel während der Unterrichtszeit statt. Als nächster Termin in Niedersachsen wird auf der Seite des Projekts die Woche vom 16. bis zum 20. August 2010 angekündigt, wenn VW die Möglichkeit erhält, sich den Schülerinnen und Schülern fünf Tage lang als „attraktiver Arbeitgeber“ zu präsentieren. Schirmherr des Projekts ist Ministerpräsident Christian Wulff.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wieso kann ein solches Projekt während der Unterrichtszeit stattfinden?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Nutzen eines solchen Projekts für die Unternehmen?
3. Worin sieht die Landesregierung den Nutzen für die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler im Verhältnis zum Unterrichtsausfall?
4. Auf der Homepage von „Jugend denkt Zukunft“ heißt es, dass den Schulen lediglich Organisationskosten entstehen würden. Wie hoch sind diese Kosten für ein „Innovationsspiel“?

(An die Staatskanzlei übersandt am 11.06.2010 - II/721 - 685)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Kultusministerium
- 01-01 420/5-II/721-685 -

Hannover, den 13.07.2010

Die Initiative „Jugend denkt Zukunft“ bietet und vermittelt Projektpartnerschaften zwischen Schulen, Patenunternehmen und öffentlichen Stellen. Sie ermöglicht Schülerinnen und Schülern, in einem Innovationsspiel vorher vereinbarte Fragestellungen zu erörtern und Lösungen zu erarbeiten sowie Produkte, Dienstleistungen und Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Das Spektrum der Frage-

stellung ist thematisch sehr breit angelegt und beschränkt sich nicht auf Marktforschung und reine Werbemaßnahmen für teilnehmende Unternehmen.

Zu den offiziellen Förderern der Initiative gehören daher auch die Europäische Union, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und das Bundesministerium des Innern. Auch die Bundesagentur für Arbeit - Regionaldirektion Nordrhein Westfalen - unterstützt im Rahmen dieser Initiative Schülerinnen und Schüler bei ihrer Berufsorientierung. Die UNESCO hat „Jugend denkt Zukunft“ als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ anerkannt. Mit dieser Auszeichnung würdigt die UNESCO Projekte, die sich für nachhaltige Entwicklung einsetzen und eine Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen in der Bevölkerung fördern. Damit ist „Jugend denkt Zukunft“ auch Mitglied in der „Allianz Nachhaltigkeit Lernen“.

Durch Projekte wie die der Initiative „Jugend denkt Zukunft“ werden Schülerinnen und Schüler mit unternehmerischen und gesellschaftspolitischen Planungs- und Entscheidungsprozessen vertraut gemacht. Das Lernen in Projekten ist ein pädagogischer Ansatz, der in Schulen in Form von Projektwochen oder Projekttagen, in der Regel unter Einbeziehung außerschulischer Lernorte und themenrelevanter Partner, in Ergänzung zum Regelunterricht stattfindet. Dadurch werden in besonders kreativer und selbstbestimmter Weise die theoretisch-begriffliche Aneignung von Wissen und konkretes Handeln und Experimentieren miteinander verbunden.

So haben sich unter dem Motto „Wir mischen mit! Junge Impulse für mehr Teilhabe in Niedersachsen im Jahre 2020“ vom 7. bis 11. Juni 2010 19 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 9 bis 12 aus Hildesheim, Hannover und Wolfsburg im Rahmen der Initiative „Jugend denkt Zukunft“ erfolgreich intensiv damit beschäftigt, wie Jugendliche mit oder ohne Migrationshintergrund stärker für das politische Geschehen interessiert werden können. Angeregt durch ein Planspiel und in direkten Diskussionen mit politischen Mandatsträgern im Landtag setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in kreativer Weise u. a. mit Themen wie „Migration“, „Demographischer Wandel“ bzw. „Integration durch Beteiligung“ auseinander. „Patenunternehmen“ dieser Projekttag war das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.

Die für August 2010 vom Gymnasium Hankensbüttel mit der Volkswagen AG als Patenunternehmen geplante Projektwoche wird der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler dienen. Den Jugendlichen wird ein vertiefter Einblick in die Berufspraxis ermöglicht werden, der ihnen Zusammenhänge und Strukturen exemplarisch bewusst macht. Damit dient das Projekt der Erweiterung von im Unterricht erworbenen Kompetenzen. Eine Übereinstimmung mit dem Bildungsauftrag der Schule ist gegeben.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu 1:

Es ist gängige Praxis, dass Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer individuellen Lern- und Leistungsentwicklung an außerschulischen Projekten, Wettbewerben, Akademien u. Ä. teilnehmen sowie im Rahmen der Berufsvorbereitung Praktika bzw. sogenannte Schnuppertage in Betrieben bzw. Institutionen durchführen. Auch wenn dies grundsätzlich angestrebt wird, ist es schon aus praktischen Gründen nicht immer möglich, dass diese Veranstaltungen ausschließlich außerhalb der Regelunterrichtszeiten liegen.

Die Entscheidung und Verantwortung für die Auswahl solcher Formen außerschulischen, individualisierten Lernens liegt im Ermessen und in der Gestaltung der eigenverantwortlichen Schule.

Zu 2:

Die Landesregierung beurteilt in erster Linie den Nutzen für die Schülerinnen und Schüler. Dieser muss dem Bildungsauftrag der Schulen gemäß § 2 Niedersächsisches Schulgesetz entsprechen.

Darüber hinaus haben sich die Landesregierung, die Kammern, die Verbände und die Bundesagentur für Arbeit im Ausbildungspakt 2010 bis 2013 erneut das gemeinsame Ziel gesetzt, jungen Menschen Chancen zu geben und den Fachkräftenachwuchs für Niedersachsen zu sichern. Dabei bedeutet der demografische Wandel eine besondere Herausforderung auch für die Unternehmen.

Ein möglicher und legitimer Nutzen für das Unternehmen könnte daher sein, über sich als potenzieller Ausbildungsbetrieb zu informieren.

Zu 3:

Unterricht in Projektform betont den ganzheitlichen Aspekt von Bildung neben der reinen Vermittlung von Faktenwissen und ist eine additive Form des Unterrichts, somit kein Unterrichtsausfall. Durch Projektarbeit in der Schule oder mit Partnern außerhalb der Schule kann Lernen effizienter und praxisnäher werden, was die Motivation der Schülerinnen und Schüler steigert. Da in Projekten im Wesentlichen nur die Grundidee bzw. das angestrebte Produkt oder Ergebnis fixiert werden, lernen die Beteiligten miteinander zu kooperieren, ihre Arbeitsweise und Organisationsstruktur weitgehend selbst zu bestimmen und die organisatorischen Rahmenbedingungen untereinander zu klären.

Beispielhaft verdeutlicht dies das oben erwähnte Projekt „Wir mischen mit! Junge Impulse für mehr Teilhabe in Niedersachsen im Jahre 2020“, in dem die Schülerinnen und Schüler bedeutsame Zukunftsfragen in einer freien, ergebnisoffenen Weise in hoher Selbstverantwortung und vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen ergebnisorientiert bearbeitet haben.

Zu 4:

Das Patenunternehmen trägt die Kosten des Planspiels von derzeit 6 500 Euro.

Die Schule hat dafür zu sorgen, dass eine begleitende Lehrkraft entsprechend der Begleitung und Betreuung von Projektwochen oder Betriebspraktika zur Verfügung steht. Für diese können Fahrtkosten entstehen, die die Schule zu tragen hätte. Darüber hinaus fallen keine zusätzlichen Kosten für die Schulen an.

Dr. Bernd Althusmann